



Zwar wollen die offiziellen Feiern nicht so gelingen, und trotzdem feiert das Volk, aber seine eigenen Feste. In allen Gesprächen ist mir die grosse Verunsicherung aufge-

WB-Podium

WALTER WEIBEL*

fallen. Enttäuschungen sind spürbar, eine starke Resignation zeigt sich. Viele Bürgerinnen und Bürger kehren einer Mitarbeit in der Öffentlichkeit den Rücken. Und das Malaise in den Parteien ist nicht mehr abzustreiten. Wiederholt sich dreissig Jahre später das eidgenössische Malaise?

Was ist geschehen? Die politische Kultur im Kanton Luzern verändert sich zusehends. Das einst so sehr gepflegte, oft auch gehätschelte, mit Emotionen versehene politische Streiten geht verloren. Was das Luzernerland im Schweizerlande auszeichnet, nämlich das starke Engagieren für das Gemeinwohl, für die Öffentlichkeit (hohe Stimmteilungen, aktive Teilnahme an Gemeindeversammlungen usw.) geht zurück. Natürlich ist dies nicht nur eine Luzerner Erscheinung. Aber über diese Veränderungen nachzudenken, lohnt sich – auch in Hinblick auf die kommenden kantonalen Wahlen. Es gibt viele Ursachen für diese Beobachtungen. Doch denke ich, dass zahlreiche Entscheidungen der Regierung in

* In dieser Rubrik gibt der Willisauer Bote verschiedenen Persönlichkeiten aus dem Hinterland Gelegenheit, sich regelmässig zu einem selbst gewählten Thema frei zu äussern.

Walter Weibel, 1944 in Willisau geboren, wohnhaft in Gelfingen, Dr. phil., nach fast zwanzigjähriger Tätigkeit als Seminarlehrer in Hitzkirch und Leiter der Luzerner Lehrerfortbildung baute er die Pädagogische Arbeitsstelle des Erziehungsdepartementes des Kantons Aargau auf. Mitglied des Stiftungsrats Kinderdorf Pestalozzi.

der letzten Zeit zu dieser Luzerner-Malaise beigetragen haben. Einige Stichworte sollen genügen: «Gymnasialreform» mit der Einführung der Kurzzeitgymnasien, Aufhebung der Landwirtschaftlichen Schule Willisau, die Idee der mit «sanftem» regierungsrätlichen Druck zu erfolgende Fusion von Gemeinden, die Entscheidungen über die Löhne der Staatsangestellten und der Lehrerschaft (und die Haltung, die zum Vorschein kam), die unerhört hohe Steuerbelastung im Kanton (gegenüber all unseren Nachbar-kantonen) lassen den Luzerner Stolz verschwinden. In zahlreichen Leserbriefen und auch in Kommentaren unserer Zeitung wurden dieses Verhalten beklagt. Das Miteinander-Reden ist zu einem schönen Teil verloren gegangen, oft ähnelt die Situation der Stimmung wie in der Alten Eidgenossenschaft. Das muss aber nicht sein.

Es fehlt im Moment dem Kanton Luzern eine Plattform der politischen Auseinandersetzungen, die – so scheint es – mit der traditionellen Form der Parteien kaum mehr wettzumachen ist. Parteiversammlungen verlieren an Bedeutung, und «Albsgütli»-Stimmung kommt im Kanton Luzern ja sowieso nicht auf.

Bürgerinnen und Bürger müssen an den Visionen, an der Zukunft des Kantons Luzern beteiligt werden. Manchmal habe ich den Eindruck, dass sich die classe politique im Kanton Luzern in einem gläsernen Haus befindet – und das Volk nur noch virtuell wahrnimmt. Aus dieser negativen Grundstimmung, aus diesem Malaise müssen wir endlich heraus. Wir leben in einer Zeit raschen, fehlgeleiteten Wandels. Unsere traditionellen Verhaltens- und Handlungsweisen in Konsum, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kirchen sind wohl kaum noch lange auf die gleiche Weise vollziehbar. Unsere Gesellschaft verändert sich sehr rasch. Was hat sich in den letzten dreissig Jahren alles verändert? Noch haben wir die 68er Jahre mit den Jugendunruhen kaum verdaut. Was wir uns vor Jahren kaum vorstellen konnten, trifft ein: Die soziale Not

in unserem Land wird grösser, Armut ist auch in der Schweiz wieder ein Thema geworden. Die soziale Zeitbombe tickt unaufhörlich. Das Veränderungstempo ist noch schneller, noch rasanter geworden. Not tut deshalb eine neue Form der zwischenmenschlichen Kommunikation. Der Dialog, der verloren gegangen ist, muss vor allem im politischen Umfeld wieder kultiviert werden.

Vor Jahren schon hat der deutsche Zukunftsforscher Jung die Zukunftswerkstatt entwickelt. Seit gut einem Jahr gibt es in der Schweiz die Stiftung Zukunftsrat, deren Idee es ist, «auf politisch-gesellschaftlicher Ebene die Langzeit-Orientierung zurückzugewinnen und Institutionen zu schaffen, die gezielt und wirkungsvoll die hierzu nötige Denk-, Gestaltungs- und Umsetzungsarbeit leisten.» Im Jubiläumsjahr 1998 hat das Stapferhaus Lenzburg für den Kanton Aargau die Idee eines Zukunftsrates aufgenommen. Jugendliche, Politikerinnen und Politiker, Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur (rund 100 Personen) fanden sich Ende der Sommerferien für zwei Tage auf dem Schloss Lenzburg ein, um über die Frage zu beraten, wie der Aargau in zwanzig Jahren aussehen wird, und welche Instrumente neu zu schaffen sind, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. In zwölf Gruppen und in Anwesenheit des Aargauer Landammanns wurde über die Zukunft des Kantons in offener, konstruktiver, aber auch in fröhlicher, entspannter Form nachgedacht: Verkehr/Mobilität, Energiehaushalt, Gesundheit, Schule und Ausbildung, Lebenszeitgestaltung, politische Entscheidungsprozesse, Kultur, Kommunikation/Medien, Raumplanung, Wirtschaft, Zusammenleben/soziale Integration und Nahrungsgestaltung. Ausserst kreativ waren diese moderierten Gesprächsrunden. Natürlich wurden Träume, Hoffnungen geäussert, negative Erfahrungen ausgetauscht, Fehlentwicklungen angeprangert. Aber weil die Gruppen aus verschiedenen sozialen Gruppierungen zusammengesetzt waren – Jung und Alt, Frauen und

Männer waren gut durchmischt – kam es nicht zu einem politischen Hick-Hack. Im Vordergrund standen das Zuhören, das Aufeinander-Zugehen, das Einander-Kennenlernen. Dazu brauchte es auch Inseln der Ruhe: das gemütliche Essen im Schlosshof, die Musik am Abend, eine Dichterlesung zum Abschluss. Gerade dieser kulturelle Anteil zeigte deutlich auf, dass in einem solchen Gesprächsprozess kulturelle Impulse gleich welcher Art neue kreative Kräfte wachrufen. War es denn erstaunlich, dass am zweiten Tag alle Teilnehmenden eine riesengrosse Fahne bemalten, die am Schloss Lenzburg hängt und deutlich macht, dass mit vereinten Kräften die Zukunft begonnen hat, eben jetzt in der Gegenwart für die nächsten zwanzig Jahre.

Erstaunliche Offenheit zeigte der Vertreter der Regierung, Landammann Ulrich Siegrist, der sich einer öffentlichen Befragung stellte und deutlich machte, dass wir im geistigen Bereich in einem bedeutenden Umdenkprozess drin stehen, der aber weitgehend ausserhalb der bestehenden (politischen) Institutionen abläuft. Die territorialen Strukturen, wie sie uns die Idee des Nationalstaates aus dem 19. Jahrhundert vorgab, greifen in der heutigen Zeit nicht mehr. Und trotzdem meinte er, dass man die Funktion der Gemeinden nicht aufgeben soll. «Basis jeder Entwicklung ist die Gemeinde. Seit der Frankenzeit ist sie die einzige staatliche Institution, die sich kontinuierlich weiterentwickelt hat. Alle anderen Strukturen in der europäischen Geschichte haben sich immer wieder verändert.»

Selbstverständlich ist der Aargauer Zukunftsrat noch nicht gegründet, aber die Idee ist in die öffentliche Diskussion gesetzt, und deshalb wurden am zweiten Tag konkret die Formen, die Arbeitsweise und die Kompetenzen diskutiert. Eine Gruppe setzt sich jetzt damit auseinander und wird Konkretisierungsvorschläge bis zum kommenden März unterbreiten. Entscheidend an diesen beiden Tagen war, dass die Idee eines Zukunftsrates neue Formen der politischen Aus-

einandersetzung bringt, und dass vor allem der Dialog aufgenommen wird. Die nahe Zukunft (was sind schon zwanzig Jahre?) kann nur gemeinsam gestaltet werden. Und es ist zu hoffen, dass viele Behördenkreise den Mut haben, die ausgetretenen Pfade des Kontaktes mit den Bürgerinnen und Bürger zu verlassen und neue Wege zu gehen. Gerade sie verlieren nichts, wenn sie die unendlich vielen schöpferischen Kräfte unserer Mitmenschen in ihr Denken miteinbeziehen. Vielleicht ist es eine utopische Vorstellung. Aber wenn es einen neuen Dialog gibt, dann wird es in den staatlichen (und auch kirchlichen) Gremien weniger Papier, dafür mehr Gespräche geben. Dann braucht jene Aaraguer Grossrätin auch ihren 60-Liter-Kehrichtsack nicht mehr, den sie jede Woche mit dem Papier aus der Staatskanzlei füllt. Der Geschäftsführer der Stiftung Zukunftsrat, Robert Unteregger, meint denn auch: «Realistisch sein heisst nicht, keine Ideen haben! Unsere Gestaltungsmöglichkeiten sind enorm, sie liegen offen vor uns. Aber wir müssen uns schon sehr anstrengen, damit wir dahin gelangen, dass wir sie nutzen können. Hierzu ist eine gemeinsame, eine in erster Linie politische Anstrengung nötig». Im Zweckparapher der Stiftung heisst es: Die Stiftung veranlasst Arbeiten und fördert alle Bestrebungen, die auf die Schaffung eines Zukunftsrates in der Schweiz ausgerichtet sind. Ein Zukunftsrat schützt die grundlegenden Ansprüche der künftigen Bürgerinnen und Bürger und die Lebensgrundlagen der Tiere und Pflanzen. Aus dieser Perspektive heraus gestaltet er eine langfristige, weitsichtige Politik und setzt diese mit wirksamen Massnahmen frühzeitig, bereits heute, um.

Es wäre mein grösster Wunsch, wenn im Kanton Luzern – bei der Regierung wie auch in einzelnen Gemeinden – die Idee eines Luzerner Zukunftsrates positiv aufgenommen würde. Weitere Informationen zur Gestaltung eines Zukunftsrates bei Robert Unteregger, Geschäftsführer der Stiftung Zukunftsrat, 3302 Moosseedorf. Telefon 031 858 3746.

Unteregger

Willisauer Bote
19.9.1998